



Öffentlichen Nahverkehr ausbauen.

Die Verteuerung der Benzinpreise belastet Arbeitnehmer/innen, die zur Arbeit pendeln müssen, in besonders krasser Weise. Immer mehr Bürger/innen sind auf einen gut funktionierenden Nahverkehr angewiesen. DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Mehr und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen.
- Behindertengerechte Bahnhöfe und Bushaltestellen.
- Ein kommunales Sozialticket für Bus, Bahn und andere kommunale Einrichtungen.

Neue Energie!

Rhein-Erft ist Energie-Kreis. Aber die etablierten Parteien im Kreis – CDU und SPD – setzen die falschen Prioritäten. Ihre Ignoranz gegenüber der Klimabelastung durch Energieerzeugung aus Braunkohle gefährdet die Arbeitsplätze im Energiesektor. Energiepolitische Alternativen sind gefragt und müssen konsequent gefördert und umgesetzt werden. Hier muss die Politik im Kreis auch den RWE-Konzern in die Pflicht nehmen, Arbeitsplätze mit Perspektive zu schaffen.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Schaffung eines kommunalen Energiekontors zwecks Bezugs und Bereitstellung von Energie aus umweltfreundlichen Techniken zu günstigen Preisen.
- Rekommunalisierung der Energienetze.
- Sozialtarife für Strom und Gas für einkommensschwache Bürger/innen und Familien.
- Zwingende Einbeziehung von solarthermischen und Fotovoltaikanlagen sowie Wärmepumpen bei allen Neubauten.

Die LINKE. bringt neuen Schwung, „neue Energie“ in die Politik.

Sie hat die Politik auf Bundesebene bereits verändert. DIE LINKE. wird auch die Politik auf kommunaler Ebene verändern. – Helfen Sie mit bei dieser Veränderung.

DIE LINKE. ist Partei aller Bürgerinnen und Bürger. Sie versteht sich als Anwalt der „kleinen Leute“ und sozial Schwachen. Ihre Mitglieder engagieren sich für kommunale Belange und den Ausbau der Demokratie vor Ort.

Ihre Stimme für DIE LINKE. ist eine Stimme für soziale Politik und Ausbau der Demokratie vor Ort.



Unsere Kandidaten/innen für den Kreistag Rhein-Erft:

(v.l.nr.): Willi Dedecke (Kerpen – Platz 3), Ursula Gossmer (Wesseling – Platz 2), Hans Decruppe (Bergheim – Platz 1), Franz-Josef Gronewald (Frechen – Platz 4), Kurt Martmann (Hürth – Platz 5), Zeki Gökhan (Frechen – Platz 6)

Unser Landratskandidat Hans Decruppe

Rechtsanwalt

wohnhaft: Bergheim-Zieverich

E-Mail:

hans-decruppe@dielinke-rhein-erft.de

www.hans-decruppe.de



DIE LINKE. in Rhein-Erft:

DIE LINKE. Bergheim · Artur Forge · 02271-99 18 59
bergheim@dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE. Brühl · www.dielinke-bruehl.de
Eckhard Riedel · 0171-245 34 14 · info@dielinke-bruehl.de

DIE LINKE. Erftstadt · Rainer Merkelbach
0178-175 5101 · erftstadt@dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE. Frechen · www.dielinke-frechen.de
Hans Kull · 02234-5 95 78 · hans.kull@dielinke-frechen.de

DIE LINKE. Hürth · www.dielinke-huerth.de
Michael Hünseler · 0152-2876 7683
michael.huenseler@dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE. Kerpen · Karsten Miebach
02237-67 02 22 · kerpen@dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE. Pulheim · Helga Beckers · 01577-682 025 1
pulheim@dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE. Wesseling · www.dielinke-wesseling.de
Sascha Jügel · 02236-84 96 28 · info@dielinke-wesseling.de

DIE LINKE. Rhein-Erft

www.dielinke-rhein-erft.de

Willi Dedecke · Glockenring 26c · 50170 Kerpen
02273-94 94 94 · info@dielinke-rhein-erft.de

V.i.S.d.P.: Hans Decruppe · Bergheim

Soziale Politik & neue Energie für Rhein-Erft

KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2009

30. August 2009
Wählen gehen!

DIE LINKE.
Kreisverband Rhein-Erft

Für soziale Gerechtigkeit vor Ort!

DIE LINKE. Rhein-Erft steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „besser Verdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Bürgerinnen und Bürger muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Wir – DIE LINKE. – treten deshalb für die Durchsetzung der folgenden politischen Ziele zu den Kommunalwahlen im Rhein-Erft-Kreis an.

Soziale Politik für Familien und Kinder!

Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Über 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Arbeitnehmer mit Kindern verdienen fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Bei Familien mit drei Kindern sind mehr als jede Dritte armutsgefährdet.

Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Armut raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen, auch weil das bestehende deutsche Schulsystem mit zu den selektivsten der Welt zählt. Zugang zu höherer Bildung und Bildungserfolg hängen in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr.
- Kostenlose Startsets für einzuschulende Kinder erwerbsloser oder armer Eltern.
- Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in Schulen und Betreuungseinrichtungen.
- Eine weitere Gesamtschule in Rhein-Erft sofort.
- Regelmäßige Erstellung eines kommunalen Sozialberichts (Reichtums- und Armutsberichts) im Kreis und den Kommunen im Kreis.



Die unsozialen Folgen von Hartz IV bekämpfen!

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die Praxis der Bewilligung von Arbeitslosengeld II ist eine systematische Demütigung von Menschen, die unverschuldet erwerbslos sind. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosengeld II-Bescheide sind rechtswidrig. Das sagt Alles.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Keine Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger/innen.
- Schaffung öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs.
- Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungs- und Ombudsstellen, die helfen, soziale Rechte durchzusetzen.



Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen! – Rekommunalisierung.

Mit der Parole „Privat vor Staat“ betreiben CDU und FDP gezielt eine verhängnisvolle Politik, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit der Kommunen führt. Die Bürger/innen werden ihres kommunalen Eigentums enteignet, damit Privatunternehmen und Private sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung. Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Wir – die Bürgerinnen und Bürger – zahlen die Zeche. DIE LINKE. Rhein-Erft will eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Der Personalabbau in den Verwaltungen ist zu stoppen. Rationalisierungsmaßnahmen unter dem Druck von Entlassungen lehnen wir ebenso ab wie die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tarifflicht in Billiglohn-Gesellschaften.

Bei sozialen Diensten, in der Bildung, Gesundheit und Pflege, im Öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. DIE LINKE. Rhein-Erft ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen Öffentlichen Beschäftigungssektors.



Die Kommunen benötigen hierzu ein aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben.
- Widerstand gegen die Privatisierung der Sparkassen in NRW.
- Wiedereingliederung („Rekommunalisierung“) ausgegliederter Betriebe und Aufgaben.

Sozialen Wohnungsbau fördern.

Für DIE LINKE. Rhein-Erft gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- Den Erhalt der Erftland Wohnungsgesellschaft in kommunaler Hand. – Keine Privatisierung.
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für junge Familien wie für Senioren und Rentner/innen.

